

Antrag

des Abg. Dr. Christian Jung FDP/DVP

Sicherheitspartnerschaft Mobilität

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Maßnahmen in der Sicherheitspartnerschaft Mobilität vorgesehen sind und welche wissenschaftliche Evidenz zu ihrem Nutzen sie dafür anführen kann;
2. welche Aufgaben sie in der Sicherheitspartnerschaft Mobilität, abgesehen von einer monetären Unterstützung, übernehmen würde und welche den Kommunen zufallen würden;
3. wie viele Unfälle in der Stadt Freiburg mit Beteiligung von Last- oder Personenkraftwagen in den letzten fünf Jahren verzeichnet wurden (bitte möglichst genaue Aufschlüsselung);
4. wie groß die finanzielle Belastung des Landeshaushaltes wäre, die durch die Sicherheitspartnerschaft Mobilität mit der Stadt Freiburg und anderen Kommunen entstehen würde;
5. ob diese Kosten unter Berücksichtigung der Bilanz der bereits bestehenden Partnerschaft „sicherer Alltag“ in einem adäquaten Verhältnis zu ihrem möglichen Nutzen stünden;
6. inwiefern sie Hindernisse im Bundesrecht bei ihren diesbezüglichen Vorhaben sieht bzw. inwiefern sie sich gegenüber der Bundesregierung für eine Änderung des Bundesrechts, etwa im Hinblick auf eine Senkung der innerörtlichen Geschwindigkeitsbegrenzung, einsetzen wird;
7. inwiefern eine grundsätzliche Reduktion der Geschwindigkeitsbegrenzung in Innenstädten auf 30 km/h unter Berücksichtigung der Tatsache, dass einige Fahrzeuge bei geringerer Geschwindigkeit mehr Abgase ausstoßen und länger in den Innenstädten bleiben, dem Klima- und Umweltschutz zuträglich wäre;
8. wie sie die Schaffung von Superblocks bewertet und ob diese Teil einer möglichen Sicherheitspartnerschaft Mobilität wären;
9. welche Vorhaben zur Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs sie im Zuge der Sicherheitspartnerschaft Mobilität zusätzlich umsetzen wird;
10. welche Summe sie aus dem aufgestockten Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) hierzu abgerufen wird bzw. beantragt hat (bitte genaue Aufschlüsselung nach Jahren etc.);
11. mit welchen Kommunen sie das Vorhaben bis zu welchem Zeitpunkt umsetzen möchte und wie sich das Auswahlverfahren für die Modellkommunen gestalten wird..

09.09.2021

Dr. Jung, Haußmann, Weinmann, Brauer, Heitlinger, Fischer, Bonath, Dr. Schweickert, Brinstock,
Trauschel FDP/DVP

Begründung

Eine größere Sicherheit für alle Teilnehmer am Straßenverkehr ist ein zentrales verkehrspolitisches Anliegen. Dieses Ziel sollte allerdings mit Innovationen erreicht werden, etwa mit Anreizen zur Entwicklung und Installation von Verkehrsassistenten oder durch kooperative Fahrzeugtechnologien und nicht durch Verbote und Regulierungen. Eine weitere Beschneidung des Individualverkehrs gefährdet die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger für die Verkehrswende, da es unverändert Menschen gibt, die auf ihr Auto angewiesen sind, seien es Menschen mit Behinderung, bewegungseingeschränkte Menschen oder aus einem Sicherheitsbedürfnis heraus.